



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 15.12.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2010 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2009-2013 - Beratung in den beschließenden Ausschüssen - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan usw.	Vorl.Nr. 446/09
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 542/09.

TOP 1.1	Haushaltsplan 2010 - Entwurf (ANLAGE)	Vorl.Nr. 447/09
---------	---------------------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 542/09.

TOP 1.2	Ergänzte und überarbeitete Liste der Konsolidierungsvorschläge	Vorl.Nr. 518/09
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 542/09.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2010 sowie der Haushaltsplan 2010 und die mittelfristige Finanzplanung 2009 – 2013 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 466/09) und den der Vorl.Nr. 542/09 beigefügten Änderungslisten beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist einleitend auf die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 542/09 und geht kurz darauf ein. Er verweist in seinen Ausführungen auf die der Vorlage anhängenden einzelnen Anlagen und spricht dann anschließend die aus den bisherigen Beratungen noch offenen Anträge an.

Zum Antrag Marktplatzfest führt er aus, in der Änderungsliste habe man den Zuschuss um 6.000,- Euro erhöht. Der Ansatz des Marktplatzfests liege nun bei 36.000,- Euro. Nach einem Gespräch mit Herrn Schweiß könne das Fest nun so durchgeführt werden.

Weiter stellt er fest, der Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Dienstreisen wurde umgesetzt und im Änderungsverzeichnis aufgenommen.

Er weist darauf hin, dass die vorliegenden Anträge zur Grund- und Gewerbesteuer, Vorl.Nr. 574/09, 618/09, 616/09 und 617/09, sowie ein neuer Antrag der CDU-Fraktion zur Grundsteuer, Vorl.Nr. 648/09, noch offen seien.

OBM **Spec** geht ergänzend auf den Kompromissvorschlag zum Marktplatzfest ein. Zum Thema Grundsteuer führt er aus, hier habe man aus dem Gemeinderat das Signal erhalten, dass heute darüber kein Empfehlungsbeschluss gefasst werden solle, sondern dieses Thema direkt im Gemeinderat behandelt werden solle. Zum Beratungs- und Abstimmungsprozedere weist er darauf hin, dass zunächst die Anträge zur Grundsteuer einzeln abgestimmt werden sollten, dann sollte die Vorlage der Verwaltung zur Grundsteuer zur Abstimmung gestellt werden, und danach würde die Abstimmung über die Haushaltssatzung insgesamt erfolgen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Kopf** zur Vorl.Nr. 542/09, wo die vom BSS beschlossene Investition für das DRK in Neckarweihingen zu finden ist, erklärt Herr **Kiedaisch** zu Protokoll, dies sei in der Liste nicht enthalten. Er sagt zu, dass man dies als Haushaltsrest übertrage und die Mittel stelle man über den Haushaltsrest zur Verfügung.

Die Feststellung von Stadtrat **Dr. Heer**, wenn heute nicht über die Grundsteueranträge abgestimmt werde, dann könne auch nicht über die Vorl.Nr. 542/09 abgestimmt werden, wird von der Verwaltung bejaht.

Innerhalb des Gremiums erfolgt eine Aussprache darüber, ob das Thema Grundsteuer im Rahmen

der Vorberatung im WKV beraten werden soll.

Dabei erklärt Stadtrat **Dr. Bohn** für die SPD-Fraktion, seine Fraktion werde der Verwaltungsvorlage folgen.

Stadträtin **Kreiser** merkt insbesondere an, es handle sich hierbei um eine so grundsätzliche Entscheidung, die man ohne Vorberatung im Gemeinderat behandeln möchte. Sie spricht sich dagegen aus das Thema zweimal zu beraten.

Stadtrat **Dr. Heer** schließt sich der Aussage seiner Vorrednerin an.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht keinen Grund bei diesem Thema vom allgemeinen Verfahren abzuweichen und nicht vor zu beraten.

Marktplatzfest

Im Rahmen der Haushaltsberatung wird vom Gremium das Thema Marktplatzfest angesprochen. Insbesondere die Höhe des Zuschusses wird kontrovers beraten.

Stadträtin **Schneller** spricht sich dabei fürs sparen aus, wenn es Anhaltspunkte dafür gebe, dass ein solches Fest auch für 30.000,-- Euro machbar sei.

Stadtrat **Dr. Bohn** weist insbesondere darauf hin, dass 41.000,-- Euro zu viel seien. Er spricht sich für 30.000,-- Euro oder für 35.000,-- Euro einschließlich aller Leistungen aus.

Stadträtin **Kreiser** merkt im Rahmen der Aussprache an, man sei sich einig, dass sich am Konzept etwas ändern müsse. Weiter stellt sie fest, man kürze beim Marktplatzfest ein Drittel, und diese Kürzung sei nicht zu tragen.

Stadtrat **Rapp** führt insbesondere aus, das Marktplatzfest müsse in der Substanz erhalten bleiben. Es stelle sich die Frage, ob in diesem Umfang. Mit dem Betrag von 35.000,-- Euro einschließlich aller Leistungen könne man gut leben.

Für die FDP-Fraktion erklärt Stadtrat **Dr. Heer**, die FDP-Fraktion würde bei einem Zuschuss von 30.000,-- Euro bleiben, bei einer zweiten Abstimmung würde sie jedoch auch einen Zuschuss von 35.000,-- Euro mittragen.

OBM **Spec** richtet anschließend an das Gremium die Frage, ob dieses bereit sei, in der Frage des Zuschusses auf einen Kompromissvorschlag zu gehen.

Diese Frage wird mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Anschließend formuliert OBM **Spec** auf der Grundlage eines Vorschlags aus der Mitte des Gremiums folgenden Kompromissvorschlag:

Der Zuschuss für das Marktplatzfest wird auf 36.000,-- Euro festgelegt, einschließlich der TDL-Leistungen. Mit den besprochenen Qualitätsverbesserungen und der Maßgabe, dass dem Gemeinderat eine Abrechnung vorgelegt wird.

Dieser Kompromissvorschlag wird mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Stadtbibliothek Schlösslesfeld – Antrag der FDP-Fraktion

Im Sachzusammenhang stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Antrag

Die Kostensenkungsmaßnahme „Schließung der Außenstelle der Stadtbibliothek in Schlösslesfeld“ wird aus der Konsolidierungsliste gestrichen.

EBM **Seigfried** erläutert kurz die vorgesehenen Maßnahmen und führt insbesondere aus, man habe auch das Themenfeld der Bücherei einem Sparerfordernis unterzogen. Dies setze sich aus drei Teilen zusammen. Zum einen aus der Erhöhung der Versäumnisgebühren, zum zweiten aus der temporären Reduktion bei der Beschaffung von Büchern. Zum dritten bei der Frage, wie sich weitere Einsparungen generieren lassen. Hier habe man eine Gewichtung vorgenommen, bei der das Primat die zentrale Bibliothek mit einem sehr umfangreichen Angebot ist. An zweiter Stelle stehe der Bücherbus, der sehr viele Ortsteile anfähre. An dritter Stelle stehe eine Außenstelle, die Singularität habe, da diese die einzige Außenstelle ist, die in einem Stadtteil ist. Andere Ortsteile haben dies nicht in dieser Weise, und diese Außenstelle ist auch nicht unmittelbar mit einem Schulzentrum, wie bspw. dem Bildungszentrum West gekoppelt ist, sondern mit einer Grundschule. Bei der Abwägung aller Möglichkeiten habe man die Schließung der dortigen Außenstelle als Sparvorschlag genommen, mit der Zielrichtung die Räumlichkeiten im weiteren Umfeld für die Schulentwicklung oder auch temporär bei großer Nachfrage aus dem Bereich Hartenecker Höhe für Tagesbetreuung zur Verfügung zu stellen. Es gebe bereits verschiedene Beschwerdeschreiben und Interessensbekundungen. Weiter gebe es auch die Frage, ob man dies möglicherweise mit einem Förderverein betreiben kann. Es sei jedoch noch nicht in Sichtweite, dass dies gehe. Die Verwaltung bleibe beim Vorschlag. Er merke abschließend an, keiner schließe gerne eine Büchereizweigstelle, aber angesichts eines herausragenden Gesamtangebots erscheine dies für vertretbar.

Stadträtin **Kopf** weist auf die Beratung des Themas im BSS und auf einen Antrag der SPD-Fraktion zu diesem Thema hin. Sie stellt fest, in diesem Zusammenhang gab es im BSS die einhellige Meinung, dass dieses Thema erst zum Jahr 2011 aktuell werde und man nach einem neuen Betreibermodell sucht. In diese Richtung müsse man gehen, den Antrag der FDP-Fraktion würde man heute ablehnen.

Stadtrat **Dr. Bohn** stimmt den Aussagen seiner Vorrednerin zu, dies war das Ergebnis aus der Sitzung des BSS. Man wolle die Bibliothek erhalten, aber in einer anderen Betriebsform. Nun müsse man prüfen, ob dies tragfähig wird, wie in Poppenweiler und Neckarweihingen.

EBM **Seigfried** stellt fest, das Ziel sei, 30.000,-- Euro einzusparen. Die Verwaltung habe dazu die Schließung vorgeschlagen. Um dieses Ziel zu erreichen gebe es jedoch auch andere Möglichkeiten, wobei man nun nach den Beratungen im BSS sehen müsse, was möglich sei. Aber am Ziel wolle man festhalten.

Abschließend lässt OBM **Spec** über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Haushaltsplan 2010 mit Finanzplan – Verringerung des Investitionsprogramms –Antrag der FW-Fraktion

Im Sachzusammenhang stellt die FW-Fraktion folgenden Antrag:

1. Die Stadtverwaltung erstellt bis Mitte Februar 2010 eine Vorschlagsliste, welche Projekte aus dem Haushalt 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 zurückgestellt und auf die Vormerkliste übernommen werden können.
2. Die daraus resultierenden Minderausgaben bis 2013 sollen ca. 20 Mio. Euro betragen.
3. Bis zur Vorlage dieser Vorschlagsliste werden keine neuen Projekte begonnen. Maßnahmen innerhalb laufender Programme erhalten bis Mitte Februar 2010 nur Mittelfreigaben bis höchstens 30 %.

Herr **Kiedaisch** geht auf den Antrag der FW-Fraktion ein und führt aus, man habe sowohl im Verwaltungshaushalt auf der Einnahmenseite Unsicherheiten bzgl. der Entwicklung der Gewerbesteuer, als auch im Vermögenshaushalt mit den wesentlichen Deckungsmitteln, den Grundstückserlösen. Deshalb habe man in der Haushaltssatzung, Vorl.Nr. 542/09, in § 4 Verfügungsbeschränkungen mit aufgenommen. Dies gehe in die Richtung der Intention des Antrags, dass man mit Beschluss des Haushalts nicht alle Mittel frei gibt. Man mache sowohl im Verwaltungs-, als auch im Vermögenshaushalt vorläufige Verfügungsbeschränkungen, die dann spätestens mit dem Nachtrag aufgehoben oder in entsprechende Reduzierungen von Planansätzen konkretisiert werden. Er führt auf Nachfrage von Stadtrat Weiß weiter aus, die Verfügungsbeschränkung gehe in die Richtung des Antrags der FW-Fraktion. Er sagt zu, dass man die in Ziffer 1 geforderte Liste bis Mitte Februar 2010 vorlegen werde, dann könne man in diesem Zusammenhang das weitere Verfahren klären.

OBM **Spec** fügt hinzu, die konkrete Haushaltsplanung für die Zeit 2011 bis 2014 komme mit den Haushaltsplanberatungen im Herbst 2010. Bereits jetzt Vorgaben für die Zeit bis 2013 zu beschließen mache keinen großen Sinn. Von der groben Zielrichtung sei man sich einig. Der Vorschlag der Verwaltung wäre, wenn man den Haushaltsplan 2010 festgezurrte habe, dann trotzdem auf Sicht fährt, mit einer schrittweisen Freigabe, und man dann die weiteren Festlegungen im Herbst 2010 vornehmen werde.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass man in der Vorl.Nr. 542/09 in § 4 einen Verfahrensvorschlag vorgelegt habe. Dass die Situation schwierig ist, und der Antrag der FW-Fraktion in die Richtung gehe die Schuldenentwicklung zu bremsen, sei verständlich. Dies liege auch in der Zielrichtung der Verwaltung. Der Antrag werde jedoch in der politischen Diskussion und auch im kommenden Jahr bei der Haushaltsaufstellung und bei der Finanzplanung nicht die Frage beantworten, wie man bspw. mit den dringend bekannten Sanierungsbedarfen in vielen Bereichen, wie im Schulbereich, umgehe. Dies werde eine entscheidende Frage sein und diese sollte man vor dem Hintergrund der bis dahin bekannteren Daten bei der Aufstellung des Haushalts 2011 diskutieren. Er weist darauf hin, dass man zweimal im Jahr die Möglichkeit habe nachzusteuern. Zum einem

beim Nachtragshaushalt und zum anderen bei der Haushaltsaufstellung.

OBM **Spec** merkt an, das Instrument der Globalen Minderausgabe gebe es haushaltstechnisch im Zusammenhang mit Investitionen nicht.

Stadtrat **Dr. Bohn** stellt fest, im Ziel sei man sich einig. Aber er glaube nicht, dass es jetzt sinnvoll sei diesem Antrag zuzustimmen, da die Grundlage mehr als wacklig sei. Er plädiert dafür diesen Antrag zurückzustellen, bis man eine sicherere Finanzgrundlage habe. Dann müsse man jedoch zur Sache gehen.

Er höre die Absichtserklärungen der Fraktionen und der Stadtverwaltung, dass man im Frühjahr 2010 darüber ernsthaft nachdenkt, stellt Stadtrat **Weiss** fest.

OBM **Spec** weist darauf hin, der richtige Zeitpunkt wären die Haushaltsplanberatungen im Herbst 2010 für das Jahr 2011, oder im Rahmen des Nachtragshaushalts.

Stadtrat **Hillenbrand** plädiert dafür den Antrag der FW-Fraktion zurückzustellen.

Stadträtin **Schneller** stellt fest, man gehe sehenden Auges am sparen vorbei. Die Zahlen seien bekannt und es sei auch bekannt, dass es nicht besser werde, sondern eher noch schlechter werde.

OBM **Spec** wirft ein, der Weg sei der falsche. Wenn jetzt 20 Mio. weniger enthalten sein sollen, dann müsse dies konkretisiert werden.

Stadträtin **Schneller** erklärt, die FW-Fraktion möchte die bereits vorhandene Vormerkliste erweitert haben.

OBM **Spec** weist darauf hin, verfahrenstechnisch könne man die mittelfristige Finanzplanung im Zusammenhang mit den Nachtragshaushaltsplanberatungen aktualisieren.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache schlägt OBM **Spec** zum Verfahren vor und erklärt zu Protokoll, die Verwaltung aktualisiert im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushaltsplan 2010, der voraussichtlich vor der Sommerpause kommen wird, die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung. Dann legen die Verwaltung und die Fraktionen des Gemeinderats Vorschlagslisten vor, wie sie, in welchem Umfang und mit welchen konkreten Maßnahmen sie vorschlagen, das Investitionsvolumen ggf. so zurückzufahren, oder durch andere geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass wir in diesem Finanzplanungszeitraum bis Ende 2013 weniger als die jetzt ausgewiesene Zahl von 37 Mio. an Darlehen aufnehmen müssten. Dann lege man alle die Vorschlagslisten auf den Tisch und steige in die Diskussion ein.

Daraufhin lässt er über diesen Verfahrensvorschlag abstimmen.

Dieser Vorschlag wird mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zum Abstimmungsverhalten erklärt Stadtrat **Dr. Heer**, der FDP-Fraktion sei der Verwaltungshaushalt wichtig, dort werde die Stadt saniert. Im Vermögenshaushalt auch, aber in erster Linie im Verwaltungshaushalt. Darüber müsste man im Nachtragshaushalt diskutieren.

Abschließend stellt OBM **Spec** fest, der Antrag der FW-Fraktion sei mit der Abstimmung des Verfahrensvorschlags und den Erläuterungen von Herrn Kiedaisch erledigt.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.3, Vorl.Nr. 542/09.

Beschluss:

Der Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze A und B ab 01.01.2010 von derzeit 310 v. H. auf 360 v. H. in der Haushaltssatzung 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Beratung des Themas Grundsteuer wird im Gremium darüber abgestimmt, ob auf die Vorberatung dieses Themas verzichtet wird.

Diese Frage wird mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ruft OBM **Spec** die Vorl.Nr. 368/09 und die Anträge zum Thema Grundsteuer, Vorl.Nr. 574/09, 618/09, 616/09 und 648/09 gemeinsam zur Beratung auf.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) geht auf die vorliegenden Anträge ein und stellt die jeweiligen Auswirkungen auf den Haushalt dar.

Antrag der FW-Fraktion, Vorl.Nr. 574/09, Grundsteuer nicht erhöhen

Daraufhin stellt OBM **Spec** zunächst den Antrag der FW-Fraktion, Vorl.Nr. 574/09, zur Abstimmung.

Dieser wird mit 4 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 618/09, Grundsteuer von 310 % auf 380 % erhöhen

Anschließend wird der Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 618/09, zur Beratung aufgerufen.

Vor der Abstimmung begründet Stadtrat **Hillenbrand** den Antrag kurz.

Danach lässt OBM **Spec** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 616/09, befristete Erhöhung auf 340 % für 4 Jahre

Im Anschluss wird der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 616/09 zur Beratung aufgerufen.

Dieser Antrag wird ohne weitere Aussprache zur Abstimmung gestellt und mit 4 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 648/09, befristete Erhöhung (vier Haushaltsjahre) auf 360 %

Danach stellt die CDU-Fraktion im Sachzusammenhang den aus TOP 1.9 ersichtlichen Antrag, Vorl.Nr. 648/09. Der Antrag wird von Stadtrat **Siegmund** begründet.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung einer nur vorübergehenden Grundsteuererhöhung und die Ablehnung des Antrags.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Schittenhelm** erklärt Herr **Kiedaisch**, der Gemeinderat könne eine solche Absichtserklärung beschließen. Der Hebesatz werde jedoch jährlich im Rahmen der Haushaltssatzung beschlossen.

Ergänzend weist OBM **Spec** darauf hin, dass die jährlichen Aufwendungen für den Bildungs- und Betreuungsbereich seien nicht nur temporär, sondern dauerhaft.

Nach einer kurzen Aussprache innerhalb des Gremiums lässt OBM **Spec** über den Antrag der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 648/09 abstimmen.

Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Vorlage der Verwaltung, Vorl.Nr. 368/09, Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze

Abschließend wird ohne weitere Aussprache von OBM **Spec** die Vorl.Nr. 368/09 zur Abstimmung gestellt.

TOP 1.5

- Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze auf
01.01.2010
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 368/09

Diese Vorlage wird mit 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich als Empfehlung an den Gemeinderat beschlossen.

TOP 1.6

- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 574/09

Beschluss:

Wir beantragen: Die Grundsteuer im Jahr 2010 nicht zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FW-Fraktion, Vorl.Nr. 574/09 wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.5, Vorl.Nr. 368/09.

Beschluss:

Der Grundsteuerhebesatz wird von 310 v.H. auf 380 v.H. erhöht (Mehreinnahmen 2,5 Mill. €).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 618/09, wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.5, Vorl.Nr. 368/09.

Beschluss:

1. Die Grundsteuer wird um 30 Punkte auf einen Hebesatz von 340 Punkten für die Dauer von 4 Jahren erhöht.
2. Danach wird die Grundsteuer auf ihren bisherigen Hebesatz von 310 Punkten zurückgeführt.
3. Eine Grundsteuersatzung wird dazu erstellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion, Vorl.Nr. 616/09, wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.5, Vorl.Nr. 368/09.

Beschluss:

1. Die Grundsteuer bleibt grundsätzlich bei 310 Punkten.
2. Von 01.01.2010 bis 31.12.2013 (vier Haushaltsjahre) wird die Grundsteuer auf 360 Punkte festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrags wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl.Nr. 648/09, wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.5, Vorl.Nr. 368/09.

Beschluss:

Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 360 v.H. auf 380 v. H. erhöht.

Die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen € werden für die Vermeidung von Sparmaßnahmen bei Kindererziehungs- und Betreuungseinrichtungen der kinderfreundlichen Stadt Ludwigsburg und für den Erhalt des guten Angebots unserer Stadtbücherei verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme und 15 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Hillenbrand** erläutert und begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 617/09, kurz.

Nach einer kurzen Aussprache lässt OBM **Spec** über den Antrag abstimmen.

Der Antrag der Fraktion LUBU/Die Linke, Vorl.Nr. 617/09, wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) geht auf die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 540/09 sowie auf den vorliegenden Beteiligungsbericht, Vorl.Nr. 541/09 ein. Er spricht in seinen Ausführungen kurz die Abschlüsse und Ergebnisse der einzelnen Gesellschaften an und kündigt an, dass man im Jahr 2010 bereits im 1. Halbjahr den Beteiligungsbericht 2009 vorlegen werde. Ergänzend weist er bei der Vorl.Nr. 540/09 auf den beigefügten Mehrjahresvergleich hin.

Es folgt dann eine Aussprache innerhalb des Gremiums an der sich die Stadträte Frau **Kopf**, **Weiss**, **Dr. Vierling**, **Dr. Heer**, **Hillenbrand** und Frau **Schittenhelm** beteiligen.

Dabei werden insbesondere die Fragen aus dem Gremium zur Film- und Mediengesellschaft und zum Übergang des Vermietungsgeschäfts auf die WBL, zur Umsatzentwicklung pro Kopf bei den Stadtwerken, zum Ergebnis der PAG, sowie zum Personalstand beim Blühenden Barock von OBM **Spec**, Herrn **Maschke** (Geschäftsführer WBL), Herrn **Skaletz** (Geschäftsführer SWLB), Herrn **Kiedaisch** und von einer Vertreterin des Blühenden Barocks beantwortet.

Der Bericht ist erfolgt.

Beratungsverlauf:

Der Bericht ist erfolgt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2, Vorl.Nr. 540/09.